Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 3 | Erscheint Sonntags. Bezugspreis monatlich 20 Pf. Nur Postbezug. Bestellung bei allen Postanstalten. | Berlin, den 20. Januar 1924 | Geschäftsstelle: Berlin C. 2, Breitestr. 8, 9 IV. Fernruf: Merkur 8529. Anzeigen werden nicht aufgenommen. | 40. Jahrgang

Ehe der Hahn krähete ... Herr Reichsarbeitsminister,

haben Sie eines Ihrer Kinder dreimal verleugnet! Das ist mehr als genug, um jedes noch vorhandene Vertrauen zur höchsten Stelle, die in Arbeiterfragen zuständig ist, zum Teufel gehen zu lassen. Wenn man dort nicht zu seinen Handlungen steht, dann darf sich der gewöhnliche Untertan nicht wundern, daß „nachgeordnete" Stellen so getreulich in den Fußtapfen ihres Herrn und Meisters wandeln.

Um was handelt es sich denn? Die Frage der Arbeitszeit steht zurzeit im Mittelpunkt allen wirtschaftlichen Interesses, sie hat schon die größten wirtschaftlichen Erschütterungen gezeitigt und sie wird noch weit mehr Aufsehen erregen und Störungen des Wirtschaftslebens hervorrufen, als sich anscheinend die Urheber des Konfliktes denken. Mag sich die Arbeiterschaft auch heute unter dem Druck der Ungunst der Verhältnisse zum weitaus größten Teile zähneknirschend dem Zwange fügen müssen, der ihr eine längere Arbeitszeit mit diktatorischer Gewalt zuweist, der Kampf um die Arbeitszeit bleibt für die Zukunft ihre erste Aufgabe. Und wie man es ihr heute von den ersten Reichsstellen vorgemacht, daß trotz bindender Verträge einzelne Vertragsbestimmungen über den Haufen genannt werden können unter Mithilfe der Staatsautorität, so wird die Arbeiterschaft in der Folgezeit nach diesem Muster handeln, wenn ihre Zeit dazu da sein wird. Unter tätiger Mithilfe der ersten Beamten des Staates sind die Verträge, die das Arbeitsverhältnis regeln, zu einem Fetzen Papier geworden, um das man zur gegebenen Zeit keinen Pfifferling zu geben braucht. Diese Beseitigung von Treu und Glauben im Vertragswesen der Produktion, das ist Ihr Werk, Herr Reichsarbeitsminister! Und für die ganzen notwendigen Folgen Ihrer Handlungen werden auch Sie selbst einzustehen haben.

Das Reichskabinett hat eine Verordnung über die Arbeitszeit erlassen, gezeichnet vom Reichskanzler Marx und von Ihnen, Herr Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Diese Verordnung besagt für jeden mit gesundem Menschenverstand Ausgestatteten, daß die regelmäßige werktägliche Arbeitszeit die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten darf. Das ist das Grundsätzliche der Verordnung. Nicht nur eine höfliche Verbeugung vor dem Achtstundentag, sondern erneute gesetzliche Festlegung eines schon seit Jahren andauernden Zustandes. Dieses Grundsätzliche wird in Ihrer Verordnung aber wieder zu einem Teil verleugnet durch das Maß der das Seitherige weit übersteigenden Ausnahmebestimmungen, Herr Reichsarbeitsminister! Es wird auch verleugnet durch die Handlungen der Ihnen nachgeordneten Stellen. Die Arbeitszeit darf auch bei Anwendung der zulässigen Ausnahmen 10 Stunden pro Tag nicht überschreiten. Wie kommt es nun aber, Herr Reichsarbeitsminister, daß Ihre Beauftragten, die „unparteiischen" Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse und andere, eine hierüber hinausgehende Arbeitszeit durch Schiedssprüche festlegten? Ohne Frage handeln diese doch in Ihrem Auftrag und nach von Ihnen gegebenen Anweisungen. Wie kann darum z. B. in Essen der Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Mehlich einen Schiedsspruch fällen, der die Arbeitszeit für die an den Koksöfen beschäftigten Arbeiter im Wochendurchschnitt auf 65 Stunden bei einer Höchstschichtzeit von 74 Stunden festsetzt? Für die übrigen durchgehenden Betriebe soll die Arbeitszeit im Wochendurchschnitt ebenfalls 65 Stunden bei einer Höchstschichtdauer von 78 Stunden betragen? Wie kann ein Schiedsspruch für das Kölner Braunkohlenrevier die Arbeitszeit auf zehn Stunden, die Schichtzeit auf 12 Stunden täglich, den Wochendurchschnitt der Arbeitszeit auf 62½ Stunden festsetzen? Verstoßen diese Schiedssprüche nicht gegen den klaren Wortlaut Ihrer Verordnung? Und wenn das alles geschieht mit Ihrem Einverständnis und entsprechend der von Ihnen gegebenen Anweisungen, verleugnen Sie damit nicht zum zweiten Male Ihr eigenes Kind, die Verordnung vom 21. Dezember vorigen Jahres?

Doch damit nicht genug. Im § 12 dieser Verordnung ist ausdrücklichst festgelegt, daß Bestimmungen von Tarif- und Arbeitsverträgen, die eine geringere als nach der Verordnung zulässige Arbeitszeit vorsehen, mit 30tägiger Frist gekündigt werden können. Herr Reichsarbeitsminister, die Verordnung legt die achtstündige Arbeitszeit ausdrücklich fest, sie läßt nur für eine Reihe festumschriebener Gelegenheiten Ausnahmen zu. Wie kann es darum angehen, daß für eine ganze Anzahl von Berufsgruppen, auch für uns in Frage kommende, Ihre nachgeordneten Stellen diese klare Bestimmung des § 12 wissentlich und mit Vorbedacht verletzen können, ohne von ihnen für diese Gesetzesverletzung zur Verantwortung gezogen zu werden? Zeigt das nicht, daß die unparteiischen Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse und die Beamten Ihres Ministeriums nach Ihren Anweisungen handeln? Soll man glauben, daß diese Anweisungen den klaren Wortlaut Ihrer Verordnung auf den Kopf stellen? Man wird's wohl müssen, die Fama redet doch schon davon, daß Sie selbst an prominente Vertreter der Arbeiterschaft eine Deklaration dieses § 12 gegeben haben, nach der etwas ganz anderes mit diesem Paragraphen gemeint ist, als der gesunde Menschenverstand herausliest, nach der unter einer „geringeren als nach dieser Verordnung zulässigen Arbeitszeit" gemeint sein soll eine Arbeitszeit, die als Ausnahmeerscheinung gelten soll. Sie verleugnen also auch diese Bestimmung Ihrer Verordnung.

Wenn das so ist, Herr Reichsarbeitsminister, warum hat man sich denn gescheut, von vornherein zu sagen was sein soll, warum hat man sich gescheut, statt der vielen schönen Worte nicht einfach zu dekretieren: Der Arbeiter hat auf Verlangen des Unternehmers bis zur Bewußtlosigkeit zu arbeiten? Fürchteten Sie den Sturm der Entrüstung aus allen Arbeiterkreisen, auch aus denen, die Ihnen näher stehen als wir und suchten Sie darum mit Worten zu verdecken, was den Grund Ihrer Seele bedrückte? Glauben Sie, daß Ihre Handlungen das Vertrauen zeitigen können, das Sie zur Ausübung Ihres Amtes auch vor allem in Arbeiterkreisen haben müssen? Herr Reichsarbeitsminister, Petrus hat seinen Herrn dreimal verleugnet, wie oft Sie Ihre Verordnung in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon verleugnet haben, das ist kaum noch zu zählen! Haben Sie auch bedacht, wie eine Entscheidung ausfallen wird, wenn ein anderes als Ihr Ressort über die Frage zu entscheiden hat, z. B. das Justizministerium? Glauben Sie, daß es auch nur einen unabhängigen Juristen geben wird, der Sie nicht in Grund und Boden verurteilen wird?

Der Schiedsspruch über Arbeitszeit und Lohn.

Wie bereits berichtet, haben unsere letzten Lohnverhandlungen mit den „Api"-Verbänden zu einem Ergebnis nicht geführt, nachdem die Unternehmer nicht nur auf einem Lohnabbau bestanden, sondern darüber hinaus auch noch die Arbeitszeit auf möglichst 60 Stunden festgesetzt wissen wollten. Angesichts dieser Sachlage blieb uns nichts anderes übrig, als das Reichsarbeitsministerium um einen Schiedsspruch anzurufen. Am 11. Januar fanden nun dort Verhandlungen statt. Nach stundenlangen Beratungen fällte das Schiedsgericht in später Nachtstunde folgenden Schiedsspruch:

„Arbeitszeit. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Je nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Betriebes können für Betriebe oder einzelne Betriebsabteilungen vom Arbeitgeber Mehrstunden bis zur Höchstdauer von wöchentlich 54 Stunden angeordnet werden. Für die hiernach über 48 Stunden wöchentlich hinaus bis zur Höchstdauer von wöchentlich 54 Stunden geleisteten Mehrstunden ist für jede Stunde der tarifliche Stundenlohn zu zahlen. Für darüber hinausgehende Arbeitszeit ist außerdem der tarifliche Ueberstundenzuschlag zu zahlen.

Diese Regelung tritt am 1. Februar 1924 in Kraft, gilt bis zum 30. Juni 1924 und findet sinngemäß auf Akkordarbeitnehmer Anwendung.

Lohn. Der tarifliche Stundenlohn beträgt unter Aufrechterhaltung der bisherigen Staffelung 52 Pf. in der Spitze. Diese Regelung gilt bis zum 6. Februar 1924.

Besetztes Gebiet. Eine Abänderung etwa noch bestehender Sonderzulagen für das besetzte Gebiet und diesem von Reichs- und Staatsbehörden gleichgestellte Gebiete bleibt örtlicher oder bezirklicher Vereinbarung vorbehalten."

Der „Vorwärts" hat kürzlich einmal geschrieben: „Die Schiedssprüche im Arbeitsministerium wachsen sich mit der Zeit zu einem Skandal aus." Und so ist es auch. Erst hat man im Buchdruckgewerbe einen Tag vor unseren Verhandlungen die Arbeitszeitverhältnisse „geordnet" und dann im Buchbindergewerbe. Für die Kartonnagenindustrie wird in diesen Tagen das gleiche eintreten, ebenso für die anderen Zweige der papierverarbeitenden Industrie und dann kann es losgehen mit dem „Wiederaufbau Deutschlands". So lange hat das Unternehmertum sich heiser geschrien nach der verlängerten Arbeitszeit, bis es nun endlich sein Ziel erreicht hat. Der „unparteiische" Vorsitzende im Schiedsgericht hat bei den Verhandlungen das größte Gewicht auf die Beantwortung der Frage gelegt: „Wie war die Arbeitszeit in den einzelnen Orten in der Vorkriegszeit?" Nach der Einstellung dieser Leute wäre es wirklich kein Wunder gewesen, wenn man ohne Rücksicht darauf, daß es sich im vorliegenden Falle um einen Reichstarif handelt, die Arbeitszeit für jeden einzelnen Ort anders, d. h. entsprechend der Vorkriegszeit festgelegt hätte.

Sieben Stunden hat man verhandelt, um zu dem oben wiedergegebenen Ergebnis zu kommen. Praktische Bedeutung wird ja aller Voraussicht nach in unserem Gewerbe in absehbarer Zeit der Schiedsspruch nicht bekommen. Unser Gewerbe liegt so furchtbar danieder, daß unsere Mitglieder heilfroh wären, wenn sie nur erst einmal wieder 48 Stunden arbeiten könnten.

Unser Arbeitsmarkt

zeigte im Monat Dezember, im großen und ganzen genommen, dasselbe trostlose Bild wie im Vormonat. Noch immer sind drei Viertel unserer Mitglieder von völliger oder teilweiser Arbeitslosigkeit betroffen. Die Zahl der Kurzarbeiter ist zwar von 54,1 auf 41,6 Proz. gefallen, dagegen ist die Zahl der Arbeitslosen von 21,5 auf 32,1 Proz. gestiegen. Allerdings trifft diese letztere Zahl nur bedingt zu. Denn erfahrungsgemäß wird in einer Reihe von Betrieben in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr wegen Inventur nicht gearbeitet. Da der letzte Stichtag in diese Zeit fiel, so sind in einer ganzen Reihe von Betrieben die infolge der Inventur untätigen Arbeiter als völlig arbeitslos bezeichnet worden.

Insgesamt wurden 6871 männliche und 16 145 weibliche Arbeitslose gezählt, gegenüber 5234 bzw. 12 612 im Vormonat; dagegen fiel die Zahl der Kurzarbeiter auf 7672 männliche und 21 270 weibliche, gegenüber 10 490 bzw. 34 465 im Vormonat. Von den Kurzarbeitern ist die Mehrzahl den völlig Arbeitslosen fast gleich zu erachten, denn drei Viertel derselben arbeiten nur halbe Tage und noch weniger. In vielen Zahlstellen sind sämtliche Mitglieder ganz oder teilweise arbeitslos. Infolge der wirtschaftlichen Depression und in Rücksicht darauf, daß selbst bei besserer Konjunktur die außerordentlich große Zahl der Arbeitslosen wenig Aussicht auf baldige Beschäftigung hat, ist der Berufswechsel ein ziemlich großer. Die Zahl der Berufsangehörigen ist daher durch diese Tatsachen auch weiter nicht unbeträchtlich gesunken und zählen wir zurzeit 69 570 Mitglieder, darunter 48 974 = 70 Proz. weibliche.

Bildungsarbeit und Klassenkampf.

II. In einer Zeit allgemeiner geistiger Flachheit kann nicht ausbleiben, daß auch in der Arbeiterbewegung das Schlagwort, die Phrase, hohle Redensart mehr als früher zur Geltung kommt und dadurch das klare Denken, das Urteilen auf Grund von Wissen verdrängt wird. Selbst wenn man ruhig zugeben kann, daß der fast 4½jährige Krieg an diesem Mißstand die größte Schuld trägt — lag doch in allen Ländern während des Völkermordens die Bildungsarbeit brach —, dann muß aber auch ausgesprochen werden, daß sich bei vielen Menschen hinter dem Schlagwort nur die Bequemlichkeit und Nachlässigkeit verbirgt, sich zu scharfem Denken und andauernder geistiger Arbeit zusammenzuraffen. Wo dies letztere der Fall ist, da heißt es ein deutlich Wörtlein reden, denn nichts schadet der Arbeiterbewegung mehr als das Halb- und Falschwissen der Schlagworthelden, deren es überall viel zu viele gibt.

Eins der beliebtesten Schlagworte der jüngsten Zeit ist wohl das, daß es für die Arbeiterbewegung nur eins geben könne: entweder Klassenkampf oder Bildungsarbeit. Besonders die Anhänger einer schärferen Tonart sind stets bereit, uns mit Spott zu bedenken, wenn wir die Bildungsarbeit in den Mittelpunkt all unseres Tuns stellen. Da knallt es dann nur so von Hohnworten: „Ablenkung vom Klassenkampf", „Verwässerung des Klassenkampfes", „Bildungsfimmel" usw. Ganz abgesehen davon, daß nur recht wenigen dieser Leute bewußt ist, was das Wort Klassenkampf für uns Proletarier in seiner mannigfachen Beziehung zum gesamten Leben der menschlichen Gesellschaft bedeutet, ja daß es bei ihnen auch so oft auch nur an der Erfüllung der allerelementarsten Klassenpflichten getrickt, verlohnt es sich doch, einmal kurz auf die Rolle einzugehen, die die proletarische Bildungsarbeit im Klassenkampf spielt.

Der Klassenkampf ist nach marxistischer Auffassung das Bewegungsgesetz in aller Menschheitsgeschichte. Alle geschichtlichen Ereignisse der Gegenwart, die wir miterlebten, lassen sich in ihrem Kern auf den Kampf der Gesellschaftsklassen gegeneinander zurückführen. Für den Ausgang der einzelnen Klassenkämpfe sind selbstverständlich die verschiedensten Umstände maßgebend: die rein zahlenmäßigen Verhältnisse der einzelnen Klassen, ihre wirtschaftliche und politische Macht, die ökonomische Geschlossenheit der einzelnen Klassen und vor allem auch ihre geistige Vorbereitung und Befähigung zum Klassenkampf. Denn der Sieg einer Klasse innerhalb der Gesellschaft ist keineswegs nur eine Angelegenheit der Ueberzahl — wäre das so, dann müßte die Arbeiterschaft als weitaus zahlreichster Bestandteil der menschlichen Gesellschaft ja längst im Besitz der gesamten wirtschaftlichen und politischen Macht sein. Gerade das Schicksal der Arbeiterschaft lehrt uns, daß im Klassenkampf außer der Quantität (Menge auch die Qualität (Beschaffenheit) eine entscheidende Rolle im Klassenkampf außer der Quantität (Menge) auch die Ueberzahl käme — wie vollständig hätte dann der Sieg der Proletarier über die Bourgeois in allen jenen Ländern sein müssen, die mit einer Revolution aus dem Kriege hervorgegangen sind. Und daß die Sozialisten in diesen Ländern nicht einmal in den Parlamenten in der überwältigenden Mehrheit sind, wo es doch nur darauf ankam, daß alle Arbeiter bei einem klein wenig Nachdenken nur die Vertreter ihrer proletarischen Interessen ins Parlament entsandten, das zeigt uns, daß die Revolution bei ihrem Beginn neben ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen auch ein in der Mehrheit geistig unvorbereitetes Proletariat gefunden hat. Hat nicht gerade die Revolution erschreckend deutlich werden lassen, daß in den breitesten Schichten des Proletariats ganz weltfremde utopistische, ja phantastische Ideen mit einer staunenswerten Unkenntnis über die Wege zum Ziele des Sozialismus gepaart sind? Haben nicht gerade die Frauen dank ihrer vor dem Kriege künstlich großgezüchteten politischen Unwissenheit sich als die schlechtesten Streiter im Klassenkampf erwiesen, und deutet nicht überhaupt die unglückliche Stellung aller internationalen sozialistischen Organisationen auf einen kolossalen Mangel an Wissen über das Wesentliche im proletarischen Kampf hin? Ganz besonders die Spaltung hat alle Sozialisten, die mit ganzer Seele der proletarischen Sache ergeben sind, schmerzlichst davon überzeugt, daß auch heute noch „der Unverstand der Massen" deren ärgster Feind selbst ist. Nicht, daß wir behaupten wollten, wenn jeder Arbeiter das sozialdemokratische Parteiprogramm im Kopfe hat, dann wäre der Sozialismus da, wir wissen, daß die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse innerhalb der Gesellschaft in erster Linie ausschlaggebend sein werden für den Ausgang des proletarischen Befreiungskampfes, und daß es Narrheit wäre, den Klassenkampf zu einer Frage nur der Bildungs- und Aufklärungsarbeit zu stempeln. Aber um wie vieles wären wir schon weiter, wenn nur erst in jedem Arbeiter und auch in jedem jugendlichen Arbeiter und Mädchen die Ueberzeugung wach wäre, daß ohne Schulung und Vorbildung nie unser der Sieg sein kann! Wenn erst einmal diese Ueberzeugung geweckt ist, wird sich auch bald der Wille einstellen, an dieser Bildungsarbeit teilzunehmen.

Amerikanisches.

Henry Ford, der amerikanische Automobilkönig, hat ein Buch „Mein Leben und Werk" herausgegeben, in dem er auch dem deutschen Unternehmertum, das jetzt nicht genug auf Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung hinarbeiten kann, bittere Wahrheiten sagt. Der nachstehende Auszug aus diesem Buch zeigt, wie falsch der Standpunkt des Unternehmertums ist, nach dem nur durch Lohnreduzierung und Arbeitszeitverlängerung die deutsche Wirtschaft gehoben werden könne:

„Nichts ist im Geschäftsleben soweit verbreitet wie die Redensart: „Ich zahle auch die üblichen Löhne." Der gleiche Geschäftsmann würde sich schwer hüten, zu erklären: „Meine Waren sind nicht besser und nicht billiger als die der anderen." Kein Fabrikant würde bei gesundem Verstande behaupten, daß das billigste Rohmaterial gleichzeitig die besten Waren liefert. Warum dann das viele Gerede über die „Verbilligung der Arbeitskraft", über den Vorteil, den ein Sinken der Löhne bringen würde — wäre das nicht gleichbedeutend mit einem Herabdrücken der Arbeitskraft und einem Sinken des inneren Marktes? Welchen Nutzen hat die Industrie, wenn sie so ungeschickt geleitet wird, daß sie nicht allen Beteiligten eine menschenwürdige Existenz zu schaffen vermag? Keine Frage ist so wichtig wie die Lohnfrage — die Mehrzahl der Bevölkerung lebt von Löhnen. Ihr Lebens- und Lohnstandard ist maßgebend für den Widerstand des Landes . . .

Es müßte der Ehrgeiz eines jeden Arbeitgebers sein, höhere Löhne zu zahlen als seine sämtlichen Konkurrenten, und das Streben jeden Arbeitnehmers, diesen Ehrgeiz praktisch zu ermöglichen. Natürlich sind in jedem Betriebe Arbeiter zu finden, die scheinbar von der Voraussetzung ausgehen, daß jede Mehrleistung lediglich zum Vorteil des Unternehmers beiträgt. Schade, daß ein solcher Glaube überhaupt möglich ist. Aber er besteht tatsächlich und vielleicht sogar nicht ohne Berechtigung. Wenn der Unternehmer seine Leute dazu antreibt, ihr Bestes zu tun, und die Leute entdecken nach einer Weile, daß der Lohn ausbleibt, so werden sie ganz natürlich in ihren Schlendrian zurückfallen. . . . Der Arbeitgeber wird niemals dadurch gewinnen, daß er seine Angestellten vor sich Revue passieren läßt und sich dabei die Frage stellt: „Wieweit vermag ich ihre Löhne zu drücken?" Was verstehen wir denn überhaupt unter hohen Löhnen? Wir verstehen darunter höhere Löhne, als vor zehn Monaten oder vor zehn Jahren gezahlt wurden, keineswegs aber einen höheren Lohn, als er von Rechts wegen gezahlt werden müßte. Die „hohen" Löhne von heute können in zehn Jahren niedrig sein. . . .

Wer viel schafft, soll viel nach Hause tragen. Der Arbeiter, der dem Unternehmen sein Bestes gibt, ist auch für das Unternehmen der Beste. Eine Qualitätsleistung kann man von ihm aber auf die Dauer ohne entsprechende Anerkennung nicht verlangen. Der Arbeiter, der mit dem Gefühl an sein Tagewerk herangeht, daß es ihm trotz aller Anstrengung niemals genug einbringen wird, um den Mangel von ihm fernzuhalten, ist nicht in der Verfassung, sein Tagewerk gut zu leisten. . . . Der Lohn muß sämtliche Verpflichtungen des Arbeiters außerhalb der Fabrik decken. Das produktive Tagewerk ist die unerschöpfliche Goldmine, die niemals erschlossen wurde. Daher sollte der Lohn zum mindesten die äußeren Verpflichtungen des Arbeiters decken. Nicht minder aber muß er ihn der Sorge um seinen Lebensabend entheben, wenn er nicht mehr arbeiten kann — und von Rechts wegen auch nicht mehr arbeiten dürfte. . . . Wir bezahlen den Mann für seine Arbeit; wieviel ist der Arbeiter indes dem Heim, der Familie schuldig? Wieviel seiner Stellung als Staatsbürger? Wieviel seiner Eigenschaft als Vater? Der Mann leistet seine Arbeit in der Fabrik, die Frau ihre Arbeit zu Hause. Die Fabrik muß beide bezahlen.

Der höchste bisher gezahlte Lohn ist immer noch lange nicht hoch genug. Unsere Volkswirtschaft ist noch nicht genügend durchorganisiert, und ihre Ziele sind noch zu unklar, um mehr als nur einen Bruchteil der Löhne zahlen zu können, die eigentlich gezahlt werden müßten. Hier gibt es noch viel Arbeit zu verrichten. . . . Im Laufe der Jahre habe ich ziemlich viel in der Lohnfrage gelernt. Vor allem glaube ich, daß, abgesehen von allem anderen, unser Absatz bis zu einem gewissen Grade von den Löhnen, die wir zahlen, abhängig ist. Sind wir imstande, hohe Löhne auszuschütten, wird auch wieder mehr Geld ausgegeben, das dazu beiträgt, Ladeninhaber, Zwischenhändler, Fabrikanten und Arbeiter anderer Industriezweige wohlhabender zu machen, und ihre Wohlhabenheit wird auch auf unseren Absatz Einfluß haben. Hohe Löhne aller Orten sind gleichbedeutend mit allgemeinem Wohlstand, vorausgesetzt natürlich, daß die hohen Löhne die Folge erhöhter Produktion sind. . . . Stückarbeit (Akkordarbeit) gibt es bei uns nicht. Zum Teil werden die Leute stunden-, zum Teil tageweise bezahlt, in fast allen Fällen wird aber eine bestimmte Produktionsnorm verlangt, von der man erwartet, daß der Arbeiter sie einhalten wird. Andernfalls würde weder der Arbeiter noch wir wissen, ob die Löhnung wirklich verdient wird. Eine bestimmte Arbeitsmenge muß täglich geleistet werden, bevor ein richtiger Lohn gezahlt werden kann. Der Mindestlohn wurde für jede Art von Arbeit unter gewissen Bedingungen auf fünf Dollar pro Tag fixiert. Gleichzeitig setzten wir den Arbeitstag von neun auf acht Stunden und die Arbeitswoche auf 48 Stunden herab. Das alles geschah aus freien Stücken. . . . Unserer Meinung nach entsprach dies der Gerechtigkeit, letzten Endes gebot es aber auch unser eigener Vorteil. . . . Bei alledem war jedoch keinerlei Wohltätigkeit im Spiele. Das war nicht allen ganz klar. Viele Unternehmer glaubten, wir hätten die Ankündigung nur erlassen, weil wir gute Geschäfte gemacht hätten und weitere Reklame brauchten, und verurteilten uns scharf, weil wir die Sitte über den Haufen warfen, den üblen Brauch, dem Arbeiter gerade nur soviel oder vielmehr so wenig zu zahlen, als er zu nehmen bereit war. Derartige Sitten und Gebräuche taugen nichts; sie müssen und werden auch einmal überwunden werden. Sonst werden wir die Armut nicht aus der Welt schaffen. Wir führten die Aenderung nicht nur ein, weil wir höhere Löhne zahlen wollten und zahlen zu können glaubten, wir wollten die höheren Löhne zahlen, um unser Unternehmen auf eine bleibende Basis zu stellen. Das Ganze war keine Verteilung — wir bauten nur für die Zukunft vor. Ein schlecht zahlendes Unternehmen ist stets ein unsicheres Geschäft. Wer richtig lebt, leistet auch richtige Arbeit. . . . Wird von jemand verlangt, daß er seine Zeit und seine Energie für eine Sache hergibt, so sorge man dafür, daß er keine finanziellen Schwierigkeiten hat. Es wird sich lohnen. Unsere Gewinne beweisen, daß . . . hohe Löhne das einträglichste aller Geschäftsprinzipien sind."

Internationales.

Italien. Einen überaus harten Kampf haben die italienischen Organisationen zu führen, soweit sie auf freigewerkschaftlicher Grundlage aufgebaut sind. In erster Linie haben sie mit der gewerkschaftsfeindlichen Regierung Mussolinis zu tun, die ihnen jede Bewegungsfreiheit zu ersticken sucht. Zum andern ist es auch in Italien die schwere wirtschaftliche Krise, die jede gewerkschaftliche Arbeit fast unmöglich macht. So mußten fast alle Tarifverträge unserer italienischen Kollegen aufgegeben werden, weil die Organisation zurzeit nicht die notwendige Kraft zu ihrer Aufrechterhaltung aufbringen konnte. Nur in einigen größeren Städten sind die Tarife noch in Geltung. Der berufliche Niedergang hat vor allem der Heimarbeit wieder guten Nährboden gegeben, die sich in einer Art entwickelt, wie man sie seither nicht kannte. Damit wird in einem gewerkschaftlich wenig geschulten Lande wie Italien die Gewerkschaftsarbeit ungemein gehemmt. Voraussichtlich wird unsere italienische Kollegenschaft in diesen Tagen in Turin, Venedig und in anderen Städten zum Streik gezwungen werden, nachdem bei den stattgefundenen Lohnverhandlungen die größten Schwierigkeiten vergebens zu überwinden versucht worden war.

Doch schwerer als alle Hemmnisse beruflicher und wirtschaftlicher Natur sind die zu erduldenden Anfeindungen politischen Ursprungs. Die italienische faschistische Bewegung hat sich eigene Arbeiterorganisationen geschaffen, die ihnen zur Eroberung der Staatsmacht verholfen haben. Nachdem aber dieses Ziel erreicht ist, wird es immer schwerer, die Arbeiter weiterhin mit bloßer Radauagitation zusammenzuhalten, sie lediglich mit Terrorakten zu beschäftigen und sie im Dienste einer Bewegung zu halten, die vorgibt, gleichzeitig die Arbeiter und die Großbourgeoisie zu vertreten. So ist man jetzt dazu übergegangen, die faschistischen Verbände mit den üblichen gewerkschaftlichen Funktionen auszustatten (Abschluß von Tarifverträgen usw.) und sie der strafsten Kontrolle der faschistischen Partei zu unterwerfen, um jedes „Abrutschen" der faschistischen Arbeiter zu verhindern. Die faschistischen Gewerkschaften werden auf beruflicher Grundlage gebildet und unter die Aufsicht von Orts- und Provinzialkartellen gestellt; ihnen obliegt die Vertretung der Berufsinteressen, die Durchführung der Tarifverträge usw. Die Gewerkschaftstagungen finden nur mit Genehmigung des Generalsekretärs des Bundes statt. Auch die Wahlen der Provinzialsekretäre bedürfen einer Bestätigung durch den Generalsekretär. Die Ortssekretäre werden einfach von oben ernannt und beaufsichtigt. In allen wirtschaftlichen Fragen, die eine politische Bedeutung haben, müssen sich die faschistischen Gewerkschaften an die Weisungen der Partei halten. Diese Richtlinien zeigen, was in Zukunft aus den faschistischen Gewerkschaften werden kann. Entweder bleiben sie bloße Anhängsel und Söldner der politischen Reaktion, bloße „Schwarze Hemden", — dann können sie aber auf die Dauer die Massen nicht bei sich halten, oder sie werden zu wirklichen Gewerkschaften, — dazu müssen sie sich aber vorher von der Diktatur der faschistischen Parteiorganisation losmachen und sich der allgemeinen freigewerkschaftlichen oder der in Italien besonders verbreiteten katholischen Arbeiterbewegung nähern.

Eine solche Annäherung wollen aber die faschistischen Politiker unter allen Umständen verhindern. Die Hetze gegen alle nicht faschistischen Verbände dauern fort. Dem Protest der freien Gewerkschaften gegen die Verletzung der Gewerkschaftsrechte hat Mussolini seinerzeit entgegengehalten, daß die freien Gewerkschafen durch ihre Abhängigkeit von der sozialistischen Partei und von der Gewerkschaftsinternationale eine Schuld auf sich geladen haben, als ob die faschistischen Gewerkschaften von keiner Partei abhängig und die Unternehmer nicht im Besitz einer eigenen internationalen Organisation wären! Jetzt reichten die katholischen Verbände einen ähnlichen Protest ein. Durch die Gewaltakte der Faschisten seien die katholischen Verbände an der Ausübung ihrer Organisationsrechte und die einzelnen Arbeiter in der Arbeitstätigkeit behindert, wobei die faschistische Regierung ihre Hand mit im Spiel habe. Sie begünstige den Terror. Sie verlangt zum Beispiel von ihren staatlichen Angestellten Auflösung der freigewerkschaftlichen Verbände und Eintritt in die faschistischen Organisationen. Die Entlassung der Eisenbahner führt sie derart durch, daß in erster Linie die Gewerkschaftsführer und Sozialisten ihre Stellen verlieren.

So stehen die faschistischen Gewerkschaften, als Schutzwache der reaktionären Regierung, der gesamten organisierten Arbeiterschaft Italiens feindlich gegenüber und es ist nicht schwer zu verstehen, daß alle auf freigewerkschaftlicher Grundlage aufgebauten Organisationen einen sehr schweren Kampf gegen diese zu führen haben, bei dem faschistische Terroakte und tätliche Angriffe auf die freigewerkschaftlichen Führer und Mitglieder an der Tagesordnung sind. Daß auch die Angehörigen unseres italienischen Bruderverbandes unter all diesen widerwärtigen und jede gewerkschaftliche Tätigkeit hindernden Zuständen zu leiden haben, ist uns schon seit langem bekannt. Wir wünschen ihnen ein baldiges Ueberwinden aller Schwierigkeiten.

Die Volksfürsorge.

Durch die Schaffung der Rentenmark und anderer wertbeständiger Zahlungsmittel geht die Papiergeldwirtschaft, die so große Verheerungen angerichtet, ihrem Ende entgegen. Damit ist auch für die Volksfürsorge der Boden geschaffen für ein gedeihliches Arbeiten im Interesse eines wahrhaften Wiederaufbaues, da auch sie jetzt wieder mit festen Werten zu rechnen in der Lage ist.

So sehr der Krieg und seine Folgen den Versicherungsgedanken im Volke tiefere Wurzeln hatte schlagen lassen, so sehr war die immer unberechenbarer sich auswirkende Geldentwertung geeignet, ihm Abbruch zu tun; denn alle noch so gut „angepaßten" Versicherungssummen waren in ganz kurzer Zeit sowohl für den Versicherungsnehmer als auch für die Versicherungsgesellschaften wieder wirtschaftlich wertlos, für letztere zum Teil sogar ruinös, da die Verwaltungskosten in ein immer unerträglicher werdendes Verhältnis zu den Prämieneinnahmen gerieten. So kam es, daß weite Kreise im Volke zwar nicht die Notwendigkeit eines angemessenen Versicherungsschutzes verkannten, wohl aber die Unmöglichkeit einsahen, der Geldentwertung einigermaßen zu folgen.

Die Volksfürsorge blieb sich aber ihrer Pflicht bewußt, ihren Versicherten, sobald sie dazu in der Lage war, einen wertbeständigen Versicherungsschutz angedeihen zu lassen. Als daher gegen Ende Oktober vorigen Jahres die Mitteilung von der Gründung der Rentenbank und der Herausgabe von wertbeständigen Rentenmark im Laufe des Monats November durch die Presse ging, stand der Entschluß fest, die Prämien sowohl für die Volks-, als auch für die Großlebensversicherung in Rentenmark zu erheben und dementsprechend auch die Versicherungssumme in Rentenmark zu garantieren.

Die neue Prämie für alle Versicherungen beträgt in der Volksversicherung mindestens 1 Rentenmark monatlich, in der Großlebensversicherung 10 Rentenmark vierteljährlich. Es besteht jedoch für jeden Versicherten das Recht, jeweils bis zu 5 Einheitsprämien zu zahlen; er ist aber dann verpflichtet, die einmal gewählte Anzahl von Einheitsprämien für die ganze Versicherungsdauer innezuhalten.

Angesichts des großen Versicherungsbestandes, über den die Volksfürsorge noch immer verfügt (800 000 Volks- und 40 000 Großlebensversicherungen) und in Rücksicht auf die in der gesamten Verwaltung der Volksfürsorge, d. h. Hauptbureau und Rechnungsstellen, besonders infolge der Einführung von Einheitsprämien eingetretenen wesentlichen Vereinfachungen, sind die Aussichten der Volksfürsorge für die Zukunft durchaus als günstig zu bezeichnen. Voraussetzung dafür ist aber, daß alle Freunde, Mitarbeiter und Versicherte der Gesellschaft alles daransetzen werden, dieses Unternehmen der deutschen Arbeiterschaft über die Schwierigkeiten des Uebergangs durch positive Mitarbeit hinwegzuhelfen. Diese Mitarbeit wird von ihnen mit Freude und Ueberzeugung geleistet werden, da der Arbeiterschaft endlich wieder ein angemessener und wertbeständiger Versicherungsschutz für sich und ihre Angehörigen geboten ist.

Es ist die höchste Zeit,

das Abonnement auf die „Buchbinder-Zeitung" zu erneuern. Wir ersuchen wiederholt dringend darum, zugleich für den Monat März mitzubestellen. Bezugspreis für Februar 20 Pf. und 4 Pf. Bestellgebühren; für Februar und März zusammen 40 Pf. und 8 Pf. Bestellgebühren. Die Teilnahme am Bezug der Zeitung ist in ständigem, recht erfreulichem Steigen begriffen; eine Reihe unserer Zahlstellen aber fehlt noch gänzlich. Hoffentlich versäumt auch von diesen keine, jetzt sofort

die Zeitung zu bestellen.

„Ich trete aus!"

Mehr als bisher findet der tätige Funktionär in der Gewerkschaftsbewegung heute wieder Leute, die sich der Vorwärtsentwicklung der Arbeiterbewegung hindernd in den Weg stellen wollen.

Die einen gehören zu denen, die von Trägheit und Gleichgültigkeit strotzen. Sie sind durch kein Geschehnis aus ihrer Duselei zu erwecken und stehen jedem Fortschritt ablehnend gegenüber. Mit den Worten: „Das ist ja alles schon so gewesen, wird auch so bleiben!" verneinen sie jedes Fortentwicklungsgesetz. Zwar sehen sie den Zusammenschluß in Verbänden oder Parteivereinen für zweckmäßig an, aber sie stellen sich selbst nicht in die Reihen der Kämpfer ein. „Ich habe da kein Interesse daran! Was die Verbände erreichen, bekomme ich auch!" Das sind so die einzigen Sätze, die man aus ihrem Munde hört.

Aber die zweite Sorte Menschen ist noch weit mehr im Auge zu behalten. Sie ist der Arbeitnehmerbewegung noch schädlicher als die erste. Bei der geringsten Kleinigkeit hört man aus ihrem Munde: „Ich trete aus!" Was immer ein Verband unternimmt, sie warten teilweise darauf, eine Gelegenheit zu finden, bei welcher sie diese Worte loswerden können. Und trotzdem es oft Menschen sind, die im Grunde ihrer Seele gut und brav sind, begreifen sie nicht, daß jedes organisatorische Gebilde nur dann bestehen kann, wenn sich der einzelne der Gesamtheit unterordnet. Jede freie Meinungsäußerung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zeitigt Erkenntniserweiterung und dient damit dem Fortschritt. Aber es darf nicht vergessen werden, daß jede Organisation in dem Augenblick zu bestehen aufhören müßte, wo jeder einzelne seine Mitarbeit nur darum versagen wollte, weil er seine Person und seine Meinung über alles andere zu erheben versucht und jeden Mehrheitsgrundsatz verachtet.

Bleibt eine Eingabe, ein Vorgehen irgendwo erfolglos, dann kommt der letzte Trumpf des Betreffenden, der er den Funktionären an den Kopf schleudert: „Ich trete aus!"

Oft genug geschieht dann, daß ein solcher Kollege eine Anzahl anderer Kollegen für den Augenblick mitreißt, weil er seine falsche Auffassung von der Sache gerade in die Kreise der denkträgen Arbeitnehmer hineinschleudert, wobei er mit einigen Schlagworten um sich wirft.

In dem leichtfertigen Wort: „Ich trete aus!" liegt eine ganze Welt der Reaktion, die aller Fortentwicklung hindernd im Wege steht.

Das klassische Bücherland.

Das Volk, das die meisten Bücher erzeugt und absetzt, ist nicht, wie man annehmen sollte, das deutsche, sondern das chinesische. In China ist das Buch so volkstümlich, daß man es überall kaufen kann. Selbst in Schneider- und Schusterwerkstätten findet man mit Büchern wohl besetzte Regale, die den Kunden, der zur Anprobe kommt, oder ein paar Paar Schuhe bestellt, in die Lage versetzen, die Zeit durch die Auswahl von Büchern für seine Bibliothek auszunützen. Die chinesischen Bücher sind in der Regel ungebunden und werden in losen Blättern in Mappen verwahrt. Die europäische Gepflogenheit, alte Bücher zu erwerben, ist in China vollständig unbekannt, da eine Veräußerung von Büchern hier geradezu als eine Profanierung angesehen wird. Die große Bibliothek in Tibet enthält eine geradezu märchenhafte Zahl von altchinesischen Werken, die noch nie das Auge eines Europäers gesehen hat. Wenn es einem Gelehrten des Westens gestattet wäre, diese Schätze einmal in Augenschein zu nehmen und hier Studien zu machen, dann würde das sicher dazu beitragen, große Lücken, die die Kenntnis der Menschheitsgeschichte aufweist, auszufüllen.

Berichte.

Hamburg-Altona. In einer überaus stark besuchten Versammlung am 11. Januar wurde zu den Massenkündigungen in den Buchdruckereien sowie zum Lohnabbau in den Briefumschlag- und Geschäftsbücherfabriken und zu den Lohntarifen der Kartonnagen-, Etuis-, Papierwaren- und Wellpappenindustrie Stellung genommen. Küster schilderte das Vorgehen der Arbeitgeber, das in einer Zeit erfolge, in der die Arbeiterschaft hungert und friert. Er wies darauf hin, daß verschiedene Arbeitgeber sich geäußert hätten, die Gewerkschaften seien erledigt, sie können in nächster Zeit für Tarifabschlüsse nicht mehr in Frage. Tatsächlich sei wohl in einzelnen Betrieben von der Arbeiterschaft Beitragssperre und Unwille zum Ausdruck gekommen, aber wir können heute feststellen, daß die übergroße Masse der Organisation treu geblieben ist und die Finanzverhältnisse sich gebessert haben, so daß die Arbeitgeber mit den Gewerkschaften rechnen müssen und wir keineswegs gewillt sind, die uns angebotenen Verschlechterungen so ohne weiteres hinzunehmen. Tatsächlich haben Firmen den brutalen Beschluß des Unternehmerverbandes durchgeführt und den Lohn um 30 Proz. gekürzt. Die Arbeitgeber wollen durch längere Arbeitszeit und geringeren Lohn die Produktion heben und die Ware billig auf den Markt bringen. Dieser Standpunkt der Unternehmer ist falsch, denn nur durch höhere Bezahlung ist der Arbeiter in der Lage, sich kräftiger ernähren zu können und bei vernünftiger Arbeitszeit seine Arbeitskraft ergiebiger zu gestalten, so daß die Arbeitgeber bei richtiger Geschäftsführung und Einteilung der Arbeitsweise mit einer arbeitskräftigen und arbeitsfreudigen Arbeiterschaft die Produktion heben und Qualitätsware zu niedrigen Preisen auf den Markt bringen kann. Daher müssen wir dringend die Arbeitgeber warnen, den Bogen nicht zu überspannen.

In der Versammlung kam wiederholt der Unwille gegen das Vorgehen der Arbeitgeber zum Ausdruck. Beschlossen wurde, für die Buchdruckereien am Ortsabkommen festzuhalten. Die in allen anderen Zweigen des Berufes angebotenen Verschlechterungen des Lohnes sind abzulehnen, es sind keine Vereinbarungen oder gar Betriebsverträge abzuschließen, sondern alle Vorkommnisse sind dem Verbande zu melden, und nur durch ihn sind Vereinbarungen zulässig.

Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution, in der u. a. auch ein Abbau der Unternehmergewinne verlangt wurde, fand einstimmige Annahme.

Herausgegeben vom Verband. — Verantwortlicher Redakteur: C. Michaelis, Berlin O. 2, Breitestr. 8/9 IV.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.